

Das Roma Rights Network veröffentlicht die maßgebliche Bestandsaufnahme des Antiziganismus in Europa

Brüssel, 11. August 2026 — Das Roma Rights Network hat heute die erste Ausgabe des wiederbelebten [Roma Rights Review](#) veröffentlicht, die umfassendste Bewertung der Menschenrechtssituation der größten ethnischen Minderheit Europas. Basierend auf direkten Zeugenaussagen, Fallarbeit, Analysen und Feldberichten von 34 Mitgliedsorganisationen aus 18 Ländern ist das [Roma Rights Review](#) die maßgebliche Quelle zur Lage der Roma-Rechte auf dem Kontinent. Am 8. Juni 2026 gab das Roma Rights Network eine [gemeinsame Erklärung](#) ab, in der es davor warnte, dass die Situation für Roma in Europa in einen Zustand akuter Krise geraten sei. Diese Publikation liefert die Beweise für diese Erklärung.

Das Ausmaß der Diskriminierung

Die Sommerausgabe 2026 des Review dokumentiert eine Rechtslage, die sich drastisch verschlechtert hat. In Griechenland haben militärische Polizeirazzien in Roma-Vierteln im Rahmen der Operation ENTOS eine Frequenz von zweimal pro Woche erreicht, wobei seit September 2025 mehr als 100 polizeiliche Einsätze dokumentiert wurden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat gegen die Slowakei, Serbien, Bulgarien und Griechenland in separaten Fällen entschieden, die polizeiliche Folter, Misshandlungen, rassistischen Missbrauch und gescheiterte Ermittlungen betreffen. Auf dem gesamten Kontinent wurden Fälle von rechtsextremen Extremisten dokumentiert, die durch die Straßen marschieren, Brandbomben auf schlafende Familien werfen, Selbstjustizgruppen bilden, die in Roma-Häuser einbrechen, und Roma zum Ziel von Mobgewalt und Brandstiftung machen; all dies, während bürgerlich-konservative Parteien in der gesamten EU weiterhin taktische Bündnisse mit rechtsextremen politischen Bewegungen eingehen.

Die Regierungen in Italien, Slowenien und Ungarn haben Anti-Roma-Gesetzgebung verabschiedet, die Roma-Gemeinschaften kriminalisiert, Massenüberwachung ermöglicht, die Wegnahme von Kindern vor der Geburt erlaubt und es Kommunen ermöglicht, Roma von der Ansiedlung auszuschließen. Roma-Kinder sehen sich weiterhin segregierter Schulbildung, systematischem Missbrauch in staatlicher Fürsorge, Menschenhandel und rassistisch motivierter Gewalt gegenüber. Roma-Frauen wird der Schutz vor häuslicher Gewalt verweigert, sie geburtsmedizinischer Gewalt ausgesetzt und ihrer Elternrechte beraubt.

Der Review dokumentiert zudem, was Aktivisten als *"Europas stillen Skandal der Zwangsräumungen"* bezeichnen, wobei Räumungen von Italien über Albanien bis Bulgarien in schnellem Tempo weitergehen und Tausende obdachlos zurücklassen, an giftige Standorte umgesiedelt oder ohne Wasser, Strom und rechtliche

Anerkennung ausharren. In Nordmazedonien, Nordirland und Bulgarien wurden Gemeinschaften durch Mobgewalt und ethnische Vertreibungen terrorisiert. In ganz Europa leben Roma weiterhin in segregierten informellen Siedlungen, die neben Mülldeponien und Bergwerken errichtet wurden, ohne Zugang zu sauberem Wasser, angemessenem Wohnraum oder grundlegenden Dienstleistungen, wobei ihre Kinder die Hauptlast der generationenübergreifenden Armut, des bildungsbezogenen Ausschlusses und der institutionellen Vernachlässigung tragen.

Inzwischen bedroht der Entwurf des EU-Haushalts für 2028–2034 die Streichung der zweckgebundenen Mittel für die Gleichstellung von Roma, indem dedizierte Strukturen in allgemeine Töpfe aufgelöst werden, die von rechtsextremer Rhetorik beeinflusste Regierungen nach Belieben umleiten können.

Ein Aufruf zu universellem Handeln

Wie im Leitartikel heißt: *"Die Verfolgung von Roma ist keine Frage politischen Versagens oder Nachlässigkeit mehr, sondern ein gezieltes politisches Projekt."*

Das Roma Rights Network ruft die Institutionen der EU, prinzipiengeleitete Politiker in den Mitgliedsstaaten und internationale Geber dazu auf, über Rhetorik hinauszugehen und sofortige, konkrete Maßnahmen zu ergreifen: Gesetze, die Roma-Gemeinschaften kriminalisieren, aufzuheben, die Rechenschaftspflicht für staatlich geförderte Gewalt durchzusetzen, sich für den Schutz der Grundrechte einzusetzen (unabhängig davon, wie unpopulär sie sind) und den Handlungsspielraum der Menschenrechtsverteidiger zu schützen, bevor es zu spät ist.

Über die Sommerausgabe 2026

Das [Roma Rights Review](#) ist der Nachfolger des *Roma Rights Journal*, der ersten und ältesten akademischen Menschenrechtszeitschrift, die sich den Roma in Europa widmete und von 1996 bis 2017 erschien. Für das aktuelle politische Klima neu konzipiert, führt sie dieses Erbe in einer Zeit fort, in der Menschenrechtsorganisationen selbst ins Visier genommen und finanziell ausgehungert werden und Narrative über Roma zunehmend durch den aufkommenden Faschismus verzerrt werden.

Zusammengestellt vor allem aus direkten Beiträgen der Mitgliedsorganisationen des Roma Rights Network und ergänzt durch Medienberichte, Gerichtsurteile und offizielle Regierungsverlautbarungen, geht das [Roma Rights Review](#) über eine abstrakte Analyse hinaus. Es bietet konsolidierte Informationen, dokumentierte Fälle von Missbrauch, Rechtssiege und strategische Einblicke von Aktivist:innen, die im gesamten Europa vor Ort arbeiten. Es ist als brauchbares und anwendbares Werkzeug für alle gedacht, die die Situation der Roma-Rechte verstehen und verbessern möchten.

Über das Roma Rights Network

Das [Roma Rights Network](#) ist eine strategische Koalition aus 34 Mitgliedsorganisationen aus 18 Ländern Europas, die vom European Roma Rights Centre einberufen und koordiniert wird. Ihre Mitglieder arbeiten durch gemeinsame Rechtsstreitigkeiten, politische Interessenvertretung, strategische Forschung und öffentliche Mobilisierung, um systemischen Rassismus herauszufordern und die vollständige Inklusion von Roma als gleichberechtigte Bürger zu fördern.

Das Roma Rights Review erscheint auf Englisch und ist [hier](#) verfügbar.

Diese Pressemitteilung ist auch auf Albanisch, Bulgarisch, Tschechisch, Französisch, Finnisch, Deutsch, Ungarisch, Italienisch, Mazedonisch, Rumänisch, Serbisch, Spanisch und Ukrainisch verfügbar.

Für weitere Informationen oder um ein Interview zu vereinbaren, kontaktieren Sie bitte:

E-Mail: news@errc.org



**Co-funded by
the European Union**

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind lediglich die der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die EU noch die EACEA können dafür haftbar gemacht werden.